

Der Neue Kämmerer

Zeitung für öffentliches Haushalts-, Beteiligungs-, Immobilien- und Prozessmanagement

Ausgabe 4, Dezember 2020

7,50 Euro

„Respekt vor dem Amt verloren“

Karl Heinz Blasweiler, Kämmerer der Stadt Lüdenscheid, spricht über Hass und Hetze gegen Amtsträger.

Seite 2



„Das Licht am Horizont ist nicht hell genug“

Frankfurts Stadtkämmerer Uwe Becker über die großen Herausforderungen, die Covid-19 an den städtischen Haushalt stellt

Seite 6



IPSAS im Praxistest

Andrea Stertz von der KGSt und Uwe Schulten, Leiter Finanzbuchhaltung in Leverkusen, teilen ihre Erfahrungen mit den IPSAS.

Seite 12



„Wir haben die Finanzen im Griff“

Bundesfinanzminister Olaf Scholz betont die zentrale Rolle der Kommunen bei der Bewältigung der Pandemie.

Die Fragen stellte Vanessa Wilke.

Auf dem Digitalen Deutschen Kämmereritag am 1. Oktober in Berlin hat Finanzstaatssekretär Rolf Bösing die generelle Bereitschaft zu einer weiteren Unterstützung der Kommunen bekundet. Bei Steuerausfällen könne jedoch nur kurzfristig entschieden werden – auch der Bund müsse „auf Sicht fahren“. Nun ist die Sicht etwas klarer geworden. Im exklusiven DNK-Interview sagt Bundesfinanzminister Olaf Scholz den Kommunen weiter seine Unterstützung zu.

Herr Bundesminister, die drei kommunalen Spitzenverbände haben Anfang November Berechnungen veröffentlicht, wonach sich ab dem kommenden Jahr in den kommunalen Kassen eine Finanzierungslücke von rund 10 Milliarden Euro auftun wird. Können die Kommunen mit weiteren Stabilisierungshilfen von Bundesseite rechnen?

Der Bund steht eng an der Seite der Kommunen, denn klar ist: Wir brauchen handlungsfähige Städte und Gemeinden. Sie haben eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Auswirkungen. Erst im Sommer haben wir nach langen Diskussionen beschlossen, dass der Bund seine Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung erhöht – was Städte und Gemeinden dauerhaft entlastet. Über Jahre habe ich für diesen



Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) auf dem Weg zur Bekanntgabe der Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung. „Es geht wieder aufwärts“, sagte er im Anschluss an die Sitzung. Dennoch müssen die Städte und Gemeinden mit Steuerverlusten in Milliardenhöhe rechnen. Zwar sagt Scholz im DNK-Interview die weitere Unterstützung von Bund und Ländern zu, in welcher Form und Höhe die Hilfsleistungen bereitgestellt werden, bleibt jedoch ungewiss.

Schritt gekämpft, nun können wir ihn gehen. Kommunale Investitionen sind auch wichtig für die weitere wirtschaftliche Erholung. Der Bund wird deshalb unterstützen, wo er kann.

Die Krise führt auf kommunaler Ebene nicht nur zu geringeren Steuereinnahmen, sie trifft auch diverse kommunale Beteiligungsgesellschaften. Vor allem

kulturelle Einrichtungen, Messengesellschaften, Flughäfen und Verkehrsunternehmen verzeichnen enorme Verluste. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) rechnet beispielsweise damit, dass die zur Verfügung gestellten Hilfgelder bis April aufgebraucht sein werden. Anschließend müssten nach Aussage des VDV-Präsidenten, Ingo

Wortmann, Bund und Länder voraussichtlich 2 Milliarden Euro nachlegen. Können die Beteiligungsgesellschaften 2021 weiter mit derart umfangreicher Unterstützung rechnen?

Die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen leiden unter den Auswirkungen der

Fortsetzung auf Seite 4 >>

KOMMENTAR

Worte statt Taten

Von Sarah Döbeling

Für Deutschlands Kämmerinnen und Kämmerer endet dieses denkwürdige Jahr im besten Fall er-nüchternd. Wer nicht zu den Glücklichen zählt, deren Kommune zufällig von Sondereffekten profitiert hat, dem dürfte das Aufstellen des Haushalts für das kommende Jahr mehr als ein paar graue Haare wachsen lassen. Zwar hat der Bund sich nicht lumpen lassen und im Sommer ein 130-Milliarden-Euro-Hilfspaket geschnürt, um Wirtschaft und Kommunen unter die Arme zu greifen. Flankierend haben die Länder eigene Schutzschirme aufgespannt. Die Hilfen sorgen unter anderem dafür, dass Steuerausfälle im laufenden Jahr bestenfalls ausgeglichen werden.

Was aber ist mit 2021? Und den Jahren danach? Natürlich glaubt niemand, dass die Wirtschaft in der Silvesternacht spontan gesunden wird. Der Arbeitskreis Steuerschätzung geht davon aus, dass die Gewerbesteuererträge erst im Jahr 2024 wieder Vorkrisenniveau erreichen werden. 2021 dürfte die Gewerbesteuer 7 Milliarden Euro weniger in die Kassen spülen als erwartet – von Einbrüchen bei anderen Steuern ganz zu schweigen. Die Politik aber spielt bei der Frage nach einem weiteren Ausgleich auf Zeit – Zeit, die viele Kommunen nicht haben dürften. Sie fordern vehement einen zweiten Rettungsschirm, um Planungssicherheit zu gewinnen. Der Bund aber hält sich bedeckt. Er unterstütze, „wo er kann“, bekräftigt der Bundesfinanzminister im Interview und spricht ein nachdrückliches Lob an Deutschlands Kämmerinnen und Kämmerer aus. Eine schöne Geste, die viele in diesen trüben Tagen freuen dürfte. Investitionen und laufende Ausgaben damit finanzieren kann allerdings niemand. <

s.doebeling@derneuekaemmerer.de

Schuldenbremse adé?

Die Coronakrise unterzieht die Schuldenbremse einem Härte-test. Besteht sie ihn?

Von Stefan Koriath

War es das? Ist das Jahr 2020, das erste Jahr, in dem die nicht mehr ganz neue Schuldenbremse des Grundgesetzes nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder in vollem Umfang gilt, zugleich das Jahr des Abschieds von dieser Schuldenbremse?

Auf den ersten Blick sieht es so aus: Die beiden Nachtragshaushalte des Bundes von März und Juli 2020 ermöglichen angesichts der Coronakrise dem Bund in diesem Jahr eine Nettokreditaufnahme von knapp 220 Milliarden Euro. Hinzu

kommen über einen neuen Fonds Garantien und Bürgschaften in Höhe von 400 Milliarden Euro und eine weitere Kreditermächtigung über 200 Milliarden Euro. Auch die Länder haben im Frühjahr Nachtragshaushalte mit erheblichen Neuverschuldungen verabschiedet. Nach Jahren der schwarzen Null und der öffentlichen Überschüsse hat sich also das Bild innerhalb weniger Wochen komplett geändert. Die Kreditaufnahmen unter Berufung auf Corona-bedingte Finanzbedarfe sind in jeder Hinsicht beispiellos. Der Bundeshaushalt 2020 ist zu mehr als 40 Prozent mit Krediten finanziert.

Was könnte das andere sein als der schnelle Abschied von der Schuldenbremse? Hat das jetzt gerade ein Jahrzehnt alte Regelwerk gleich die erste Bewährungsprobe nicht bestanden?

Wer die Dinge so bewerten wollte, würde aber die finanzrechtlichen und finanzpolitischen Dimensionen der Neuverschuldungsregeln verkennen. Um mit dem Ergebnis zu beginnen: Die geltenden Rechtsnormen zur Kreditaufnahme erlauben die gegenwärtige Neuverschuldung, jedenfalls dem Grunde nach. Ob auch die gewaltige Höhe der Kreditaufnahme in Ordnung ist, werde ich noch beleuchten. Jedenfalls aber: Die Regeln der Schuldenbremse werden in diesem Jahr nicht gebrochen, die Haushaltsgesetzgeber nehmen vielmehr eine in der Schuldenbremse selbst enthaltene Ermächtigung in Anspruch. Die Rede vom „Aussetzen“ der Schuldenbremse ist nicht nur ungenau, sie ist nach dem Regelwerk sogar falsch.

Aber damit ist das Problem der neuen Kredite nicht vom Tisch, es steckt nur anders-

wo. Die 2009 neu gefasste Schuldenbremse wird zumeist als Neuverschuldungsverbot verstanden. Das stimmt so nicht. Wer sich die Mühe macht, nicht nur den ersten Satz der Schuldenbremse zu lesen, sondern auch alles Folgende – und das sind allein für den Bund gut eine halbe Druckseite Verfassungstext, ein ausführendes Gesetz und eine umfangreiche Rechtsverordnung –, der entdeckt komplexe und interessante Schuldenwelten. Alle Sätze nach dem allerersten befassen sich mit den ziemlich weitgefassten Möglichkeiten der Kreditaufnahme. Im Ergebnis bremst die Schuldenbremse das Schuldenmachen nur, wenn es einen Bremsen gibt, der die Bremse betätigt. Das sollte nicht überraschen und nicht befremden. Kein Finanzstaat, wenn er verständig vorgeht, würde sich Regeln unterwerfen, die bei fehlenden Steuereinnahmen und gleichzeitig

steigenden Ausgabenbedarfen für notwendige Aufgaben – und beides fällt ja typischerweise zusammen – die Verschuldung verbieten würden. Die fehlende Unterwerfung unter ein absolutes Schuldenverbot hat nichts Negatives. Sie ist schlicht Ausdruck und Notwendigkeit demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten. Wer jede Abweichung von der Nullverschuldung kritisch sieht, müsste den demokratischen Entscheidungsprozess durch zumeist angreifbare ökonomische Thesen ersetzen. Problematisch wird es dann, wenn die Politik je nach Lage die Schuldenbremse einerseits als Neuverschuldungsverbot lobt und propagiert, andererseits dann Schulden aufnimmt, wenn Geld gebraucht wird. Jede getätigte oder nicht getätigte Neuverschuldung ist eine politische

Fortsetzung auf Seite 5 >>

Haushalt

„Respekt vor dem Amt verloren“

Der Lüdenscheider Kämmerer Karl Heinz Blasweiler über Hass und Hetze gegen Amtsträger

Die Fragen stellte Alexandra Jarchau.

Karl Heinz Blasweiler stellt sich nicht wieder zur Wahl. 24 Jahre war er Kämmerer der Stadt Lüdenscheid, nun möchte er das Amt niederlegen – unter anderem, weil er sich mehr und mehr mit Hass und Hetze konfrontiert sieht. Was können Kommunen gegen Anfeindungen, Beleidigungen und Bedrohungen tun?

Herr Blasweiler, Sie wurden in Ihrem Amt als Kämmerer mehrfach bedroht, und es kam sogar zu einer Sachbeschädigung. Anders als Oberbürgermeister stehen Kämmerer doch eigentlich nicht so sehr im Fokus der Öffentlichkeit. Stehen Sie mit diesen Anfeindungen allein da?

Nein, leider ist das kein Einzelschicksal. Ich höre das auch immer wieder von Kollegen. Als herausgehobener Repräsentant der Kommune ist natürlich häufig der Bürgermeister betroffen. Besonders in finanzschwachen Kommunen trifft es aber auch die Kämmerer. Hinzu kommt: Wir Kämmerer werden im Gegensatz zu Bürgermeistern selten mit schönen Projekten in der Zeitung abgelichtet und gelten eher als die Neinsager in der Verwaltungsspitze. Die Angelegenheit ist insgesamt schwierig; wir stehen nun mal im Licht der Öffentlichkeit und können uns dem nicht entziehen.

Haben die Bedrohungen in den vergangenen Jahren zugenommen?

Ja, ich habe die Befürchtung, dass sich Hass und Hetze gegenüber der Verwaltung generell mehren. Das betrifft nicht nur Hauptamtliche. Auch Ehrenamtliche – Ratsmitglieder sowie sachkundige Bürger – werden zunehmend angefeindet. Scheinbar haben viele Menschen den Respekt vor dem Amt verloren.

Woran liegt das?

Wahrscheinlich gibt es nicht die eine Ursache. Ich sehe zwei Ansatzpunkte: Zum einen haben in den vergangenen Jahren insgesamt in vielen Bereichen der gegenseitige Respekt und die Wertschätzung nachgelassen. Manche Auseinandersetzung driftet inhaltlich stark ins Persönliche ab. Der eine versucht dann nur noch, den anderen fertig zu machen. Manche Menschen wollen sich anscheinend gar nicht mehr inhaltlich auseinandersetzen. Der zweite Punkt sind die Rahmenumstände: Viele Kommunen befinden sich seit langem in einer finanziellen Notlage, müssen Leistungen kürzen und Steuern sowie Beiträge erhöhen. Diese Maßnahmen stoßen naturgemäß nicht auf Begeisterung in der Bevölkerung, und irgendwann platzt manchen Bürgern der Kragen, weil sie immer mehr bezahlen müssen.

Und für die steigenden Kosten machen die Bürger dann den Kämmerer verantwortlich?

Dazu trägt zum Beispiel die Berichterstattung über verschwenderische Maßnahmen bei. Klar ist es wichtig, über Fehler zu sprechen, aber nicht in anklägerischer Art und Weise. Nehmen wir zum Beispiel das Schwarzbuch vom Bund der Steuerzahler. Die Frage, „Was können wir tun, damit so etwas nicht mehr passiert?“, wird darin zu selten gestellt; stattdessen werden die Verantwortlichen an den Pranger gestellt. Anprangern ist aber keine Präventionsmaßnahme. Jeder fragt sich da nur: „Wie kann denn so was passieren?“, aber die Hintergründe werden nicht beleuchtet. Aus Sicht einiger Bürger werfen die Kom-



Als Kämmerer hatte Karl Heinz Blasweiler den Rathausplatz der nordrhein-westfälischen Stadt Lüdenscheid 24 Jahre lang im Blick.

munen das Geld teilweise zum Fenster raus – das schürt natürlich Wut.

Geld, das dann an anderer Stelle fehlt?

Das ist auch ein wichtiger Punkt: Viele freiwillige Leistungen können wir nicht anbieten. Wir sagen immer, das Geld fehle überall – aber nur, bis eine Krise kommt. Auf einmal ist dann Geld in unvorstellbaren Summen vorhanden. Die Bürger wissen aber nicht, wo das herkommt. Dreimal hat die Bundesregie-



Nochkämmerer Karl Heinz Blasweiler freut sich auf eine ungewisse, aber spannende Zukunft.

rung in den vergangenen 15 Jahren enorme Summen mobilisiert: zuerst in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009, dann in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 und aktuell wegen der Coronakrise. Ich bin natürlich sehr dankbar für die Hilfen von Bund und Land in Krisenzeiten, aber viele Bürger fühlen sich auf den Arm genommen, weil erst das Geld an allen Ecken und Enden fehlt und auf einmal Milliardenbeträge verteilt werden. Das Vertrauen in die öffentliche Hand gerät leider insgesamt ins Wanken, auch wenn das in vielen Fällen nicht gerechtfertigt ist.

Wie könnte die Politik das Vertrauen denn wieder aufbauen?

Indem sie informiert. Es geht um das subjektive Empfinden einzelner Menschen. Nicht die Maßnahmen sollten im Vordergrund stehen, sondern die Erklärung, wofür das Geld gebraucht wird und wo es herkommt. Ganz wichtig ist es auch, aufzuzeigen, was passieren würde, wenn man das Geld nicht mobilisierte. Die Bürger haben zudem häufig keinen greifbaren Ansprechpartner für die höheren Ebenen EU, Bund und Land. Probleme werden deshalb auf die kommunale Ebene getragen.

Sind Amtsträger in kleineren Kommunen dann eher gefährdet?

Zumindest sind die Amtsträger in kleineren und mittleren Gemeinden präsenter. Kämmerer und Bürgermeister trifft man auch

mal im Supermarkt. Wir sind also greifbarer als Vertreter anderer politischer Ebenen. Als Bürger kommt man ja nur selten in die Situation, etwas mit dem Bundesfinanzminister ausdiskutieren zu können. Was wir auch feststellen, ist ein unvollständiges Wissen darüber, was sich auf welcher politischen Ebene abspielt. Ich wurde zum Beispiel auch schon mit der Aussage konfrontiert, dass alle Ratsmitglieder einen Dienstwagen hätten und hohe Diäten bekommen würden. Das ist natürlich Quatsch.

Was können Kommunen dagegen tun?

Meiner Meinung nach sollten wir die politische Bildung wieder mehr fördern, und das von Kindesbeinen an. Demokratie darf nicht als selbstverständlich angesehen werden. Unser früherer Bürgermeister in Lüdenscheid hat beispielsweise immer die Vorschulkinder aus dem Kindergarten ins Rathaus zu einer Führung eingeladen. Ich finde, das ist ein guter Ansatz, um Distanz und Berührungsängste abzubauen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Ein weiteres Problem: Heutzutage lesen weniger Menschen die Lokalzeitung. Wir wissen teilweise gar nicht, wie wir die Menschen erreichen können. Da kommt dann zum Beispiel Facebook ins Spiel.

Stichwort Facebook: Haben sich Anfeindungen mit dem Aufkommen sozialer Netzwerke gehäuft?

Nicht gehäuft, aber in der Struktur verändert: Ich habe auch früher schon mal per Telefon Morddrohungen erhalten. Da war dann aber jemand am anderen Ende der Leitung, und ich konnte antworten. Jetzt passiert alles anonym. Zum Beispiel auch über die Kommentarfunktion bei Onlinezeitungen. Drohungen aus dem Versteck heraus sind noch unangenehmer als persönlich ausgesprochene. In den sozialen Netzwerken kommen die Drohungen meistens über Fake-Profilen. Hinzu kommt, dass man Kommentare zum Teil auch erst zeitverzögert mitbekommt und es einen Multiplikatoreffekt gibt. Besonders schwierig ist, dass dadurch häufig Behauptungen einseitig in die Welt gesetzt werden.

Haben Sie schon einmal versucht, darauf zu antworten?

Ja, in den Fällen, in denen ich das mitbekomme, gehe ich darauf ein und versuche, einen Zugang zu finden. Das gelingt auch manchmal, und es gibt eine Versächlichung. Andere wiederum antworten auf meinen Versuch zur sachlichen Erörterung einfach nicht.

Bringen Sie Drohungen denn auch zur Anzeige?

Bisher nicht. Ich hatte den ersten Fall mit dem damaligen Bürgermeister erörtert, aber wir sahen da kaum Erfolgsaussichten. Eine

Anzeige gegen Fake-Profilen ist oft wenig erfolgversprechend. Das war auch eine der Überlegungen, warum ich das Thema Hass und Hetze bis zuletzt nicht publik gemacht hatte.

Wie sollte man gegen virtuelle Drohungen vorgehen?

Bei einigen Onlinemedien ist bereits ein Problembewusstsein geschaffen worden. Viele Zeitungen moderieren zum Beispiel die Beiträge und Kommentare sehr gewissenhaft. Bei Facebook ist das nach meiner Meinung aber noch anders. Dort liegt die Messlatte, wann Moderatoren eingreifen, sehr hoch. Obwohl es eigentlich verboten ist, Fake-Profilen anzulegen, gibt es bei Facebook Unmengen davon. Aber auch hier sind bereits Initiativen entstanden, die dagegen vorgehen. Ich bin zum Beispiel einer Gruppe beigetreten, die bei Hetze und Schmähungen eingreift. Wir versuchen, wieder Umgangshygiene in unsachliche Diskussionen zu bringen.

Wie funktioniert diese Schlichtungsgruppe bei Facebook?

Wir kommentieren und liken bewusst. Dadurch gewinnen bestimmte Beiträge an Relevanz und werden durch den Algorithmus oben angezeigt. Hass- und Hetzkommentare rutschen automatisch nach unten und sind nicht mehr sichtbar. Allerdings konzentriert sich diese Gruppe auf die höheren politischen Ebenen.

Was wünschen Sie sich von der Politik, um Hass und Hetze auf der kommunalen Ebene vorzubeugen?

Ich wünsche mir nicht nur von der Politik, sondern von allen Menschen, dass wir wieder mehr und bessere Streitkultur erlernen, gemeinsam entwickeln und erleben. Bei

Porträt

Dr. Karl Heinz Blasweiler ist seit Juli 1997 Kämmerer in Lüdenscheid und wurde zweimal wiedergewählt. Der 58-Jährige amtiert noch bis zum 30. Juni 2021. In der Verwaltung ist er derzeit für die Bereiche Personal, Organisation, Finanzen, Steuern und Beteiligungen sowie Finanzbuchhaltung zuständig. Zudem ist er Geschäftsführer der Entwicklungs- und GründerCentrum GmbH. Blasweiler ist Autor zweier Fachbücher sowie zahlreicher Fachbeiträge mit Schwerpunktsetzung in den Bereichen Konfliktmanagement und kommunales Finanzmanagement. Zusätzlich ist er seit langem in der Erwachsenenbildung engagiert.

INHALTSVERZEICHNIS

„Wir haben die Finanzen im Griff“ S. 1
Olaf Scholz betont die Rolle der Kommunen.

Schuldenbremse adé?
Besteht die Schuldenbremse den Hätetest?

Haushalt

Die Coronakrise und ein Rekord am Ring S. 3
Covid-19 bringt die Formel 1 zurück an den Nürburgring.

16. Deutscher Kämmerertag S. 4
Die Pandemie hat auch den Kämmerertag verändert. Die 16. Auflage war die erste digitale.

„Das Licht am Horizont ist nicht hell genug“ S. 6
Dem Mobilitätszentrum Frankfurt am Main brechen die wichtigsten Einnahmesäulen ein.

Das Wichtigste in Kürze
Die meistgeklückten Onlinemeldungen

„Komplett verzichten wollen wir nicht“ S. 8
Jena befindet sich in einer Haushaltsnotlage, die Auswirkungen erklärt Kämmerer Martin Berger.

Größe als Kriterium für die Smart City? S. 9
Das digitale Entwicklungspotential kleiner Kommunen ist groß.

#stadtvonmorgen

Quelle der Wertschöpfung S. 10
Open Data in Kommunen – ein Baustein zur überfälligen Verwaltungsmodernisierung?

Der kooperative Faktor für die Smart City
Städte sollten interdisziplinär denken und kooperieren.

Freiburg setzt auf „Paradigmenwechsel“ S. 11
Die Stadt erfindet Wohnraumpolitik neu. Dabei hilft das eigene Wohnungsbauunternehmen.

Vorgaben mit Augenmaß
Wohnbauförderung im lokalen Kontext

Finanzmanagement

„Plötzlich ist das Eigenkapital negativ“ S. 12
Die IPSAS im Praxistest bei der Stadt Leverkusen

Stille Post
Rechnungshöfe verabschieden EPSAS-Erklärung.

„Interesse an kommunalen Schuldtiteln“ S. 13
Mitten in der Pandemie hat Bochum eine 250-Millionen-Euro-Anleihe aufgelegt.

Beteiligungsmanagement

Das Ende der Gewinne mit Gebühren? S. 14
Neue Rechtsprechung wäre Chance für das interne Rechnungswesen.

Finanzloch beim HVV
Hamburg setzt weiter auf die Verkehrswende.

Recht und Steuern

Die Gretchenfrage S. 15
Ein Land nach dem anderen bringt ein wertunabhängiges Grundsteuermodell auf den Weg.

Netzwerk und Letzte Runde S. 16

Diskussionen sollte es nicht darum gehen, dem anderen vors Schienbein zu treten, sondern darum, inhaltliche Differenzen offenzulegen und um die beste Entscheidung zu ringen. Die Politik hat da natürlich eine Vorbildfunktion. In Talkshows läuft das manchmal besonders unglücklich. Da gehen die meisten mit der gleichen Meinung wieder raus, mit der sie reingekommen sind. Es hilft nicht, nur seine eigenen Thesen zu nennen. Das Entwickeln von neuen Gedanken ist wichtig. Für mich gehört dazu, dass man einander ausreden lässt und imstande ist, zu rekapitulieren, was der andere gesagt hat. Nur das führt auch zu einer anständigen Fehlerkultur.

Wie sollte die Fehlerkultur denn aussehen?

An der einen oder anderen Stelle müssen wir auch mal zugeben, dass wir uns vertan haben oder dass wir Fehler gemacht haben. Amtsträger sind auch nur Menschen: Jeder von uns vergreift oder verspricht sich mal. Auch von Amtsträgern sollte kein Perfektionismus gefordert werden. Aus Angst davor, beim kleinsten Fehler zum Rücktritt aufgefordert zu werden, wird dieser möglichst lange abgestritten. Bei Sachthemen ist ein typischer Satzanfang in der Politik heute: „Ich hab’ doch damals schon gesagt ...“. Es sollte aber möglich sein, zu sagen: „Ich lag falsch, und heute weiß ich es besser.“

a.jarchau@derneuekaemmerer.de